

Medienmitteilung



Aarau, 19. Januar 2017 / jh

Aargauer Parteien für Optimierung Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden und für Neuordnung des Finanzausgleichs

Die beiden kantonalen Finanzvorlagen der Volksabstimmung vom 12. Februar wurden im Grossen Rat mit ganz klarem Mehr gutgeheissen. Es handelt sich um gut vorbereitete, vernünftige Anpassungen zur Erhöhung der Transparenz von Aufgaben und Kosten. Entsprechend unterstützen fast alle Grossratsparteien die Vorlagen.

Die Grossratsparteien BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne und SP engagieren sich mit vielen Aargauer Gemeinden im Komitee «JA zum neuen Finanzausgleich».

Sinnvolle Aufgabenteilung, gleichbleibende Steuerbelastung

Die Optimierung der Aufgabenteilung sieht vor, dass die Finanzierung von Aufgaben derjenigen Ebene übertragen wird, welche die entsprechenden Aufgaben gestaltet und vollzieht. Die Kostenverschiebung von 41 Millionen Franken von den Gemeinden zum Kanton wird mit einem sinnvollen Steuerfussabtausch vorgenommen: Die Gemeinden senken ihre Steuerfüsse um 3 Prozent, während der Kanton seinen Steuerfuss gleichzeitig um 3 Prozent erhöht. So bleibt die Steuerbelastung für alle Bürgerinnen und Bürger gleich. Zur Transparenz trägt bei, dass Gemeinden, die ihren Steuerfuss nicht senken wollen, dies als Steuererhöhung deklarieren müssen.

Mehr Fairness und Sicherheit

Der neue Finanzausgleich wurde lange vorbereitet und in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden entwickelt. Er ersetzt den bisherigen, ungenügenden Finanzausgleich, der weder transparent noch nachvollziehbar ist. Neu soll einerseits die Steuerkraft ausgeglichen werden. Andererseits sollen diejenigen Gemeinden entlastet werden, die besonders hohe Bildungs-, Sozialhilfe- und Infrastrukturkosten zu tragen haben. Der neue Finanzausgleich bietet mehr finanzielle Sicherheit für die Gemeinden, denn die jährlichen Schwankungen in den Beitragszahlungen werden geglättet. Zudem ist in der neuen Gesetzgebung eine Steuerfussobergrenze vorgesehen. So wird verhindert, dass kleine Gemeinden ihre Steuerfüsse ins Unermessliche erhöhen müssen.



FDP
Die Liberalen



Ohne den neuen Finanzausgleich würde die Schere zwischen hohen und tiefen Steuerfüssen in den Gemeinden unweigerlich weiter auseinandergehen. Finanzschwache Gemeinden könnten ihre gesetzlichen Aufgaben nur noch mit Mühe erfüllen, es käme zu einem Gefälle zwischen den Gemeinden, zum Beispieler bei der Qualität der Bildung oder bei der Infrastruktur.

Die Grossratsparteien setzen sich deshalb für einen fairen und vernünftigen finanziellen Ausgleich zwischen den Gemeinden ein – so dass alle Aargauerinnen und Aargauer von der guten Standortqualität profitieren können.

Kontakte für weitere Auskünfte:

Roland Agustoni, Grossrat GLP: 079 450 09 01, fricktal@roland-agustoni.ch

Roland Basler, Präsident BDP Aargau: 079 407 03 52, politik.basler@bluewin.ch

Marianne Binder, Grossrätin, Präsidentin CVP Aargau: 079 686 01 31,
mariannebinder@icloud.com

Dieter Egli, Grossrat, Fraktionspräsident SP: 079 336 63 93,
dieter.egli@grossrat.ag.ch

Roland Frauchiger, Grossrat EVP: 079 416 62 49,
roland.frauchiger@grossrat.ag.ch

Gertrud Häseli, Grossrätin Grüne: 079 900 10 15, g.haeseli@sunrise.ch

Matthias Jauslin, Nationalrat, Präsident FDP Aargau: 079 402 29 81,
jauslin@jostwohlen.ch

Komitee «JA zum neuen Finanzausgleich»: www.neuer-finanzausgleich.ch